

Muñoz kritisiert Bildungsföderalismus und frühe Selektion

(GEW-Meldung vom 21. Februar 2006)

Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz, hat zum Abschluss seines Deutschland-Besuchs die wachsenden Länderkompetenzen im Bildungsbereich kritisiert. Dadurch verliere der Bund die Möglichkeit, eine Einheit zu gewährleisten.

Muñoz sagte am Dienstag in Berlin, die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern seien zu groß. Er rief zu einer Debatte über weitere Reformen im deutschen Bildungssystem auf.

Deutschland muss nach Auffassung des UN-Inspektors die Bildung von Schülern aus einkommensschwachen Familien und von jungen Migranten deutlich verbessern. Wenn diese Kinder keine besseren Bildungschancen erhielten, würden Armut und soziale Ungleichheit weiter verschärft.

Muñoz kritisierte darüber hinaus die „sehr frühe“ Verteilung von zehnjährigen Kindern auf unterschiedliche Schulformen. Das volle Potenzial der Kinder werde so nicht ausgeschöpft. Studien hätten außerdem gezeigt, dass sich nahezu jede zweite Schullempfehlung für Zehnjährige später als falsch herausstelle.

Vorläufige Empfehlungen

Als Konsequenz seines Besuchs gab Muñoz vier vorläufige Empfehlungen ab.

- An erster Stelle stand dabei die Forderung, dass die Bundesregierung ihre Vorbehalte gegen die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen aufgeben müsse, so dass Migranten in Deutschland erst ab 18 Jahren als volljährig gelten und nicht wie derzeit schon ab 16.
- Zum zweiten müsse die vorschulische Bildung kostenlos sein.
- Drittens müsse Menschenrechtserziehung in allen Schulen und bei der Weiterbildung der Lehrer eine stärkere Rolle spielen.
- Und schließlich dürften Schülerinnen und Schüler nicht schon nach der vierten Klasse auf die verschiedenen Schulformen verteilt werden.